

Bekleidungs-gewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes
und des Berufsverbandes christlicher Futarbeiter.

Nr. 7

Erscheint alle 14 Tage. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle, Pöls 1.—St. für das Vierteljahr.

Köln, den 24. Mai 1924.

Geschäftsstelle Deutzerwall 9. Fernruf Nr. 5538

Redaktionslohn Montags vor dem Erscheinungstage. Inseratennahme durch die Geschäftsstelle. Preise nach Vereinbarung.

21. Jahrg.

Partei und Gewerkschaften sind eins.

Die „freien“ Gewerkschaften versuchen auch heute noch, wo es ihnen in den Kram paßt, sich ein neutrales Mäntelchen umzuhängen. Als wir im Jahre 1921 die sozialistische und religionsfeindliche Einstellung des „Deutschen Futarbeiterverbandes“ in unserer Zeitung feststellten, versuchte das Organ dieses Verbandes in spaltenslangen Artikeln den Beweis für die politische und religiöse Neutralität zu erbringen. Uns haben die damaligen Schwafelwörter nicht beledern können. Nunmehr bringt der Deutsche Futarbeiter einen neuen Beweis für die enge Gemeinschaft zwischen „freien“ Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei. In einem Artikel: „Wir und die Reichstagswahl“ schrieb genannter Blatt u. a. folgendes:

Es gibt für die Klassenvertretung der Arbeiterschaft und für den Gewerkschaftler im Besonderen nur eine Partei, die das Vertrauen der Gewerkschaftler verdient, und diese Partei ist die Vereiniigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands! Diese Partei tritt auch für die Wahlforderungen der Gewerkschaften ein.

Wer will, daß die deutsche Republik erhalten bleibt als die Staatsform, unter deren Verfassung die Arbeiterklasse Aufstiegsmöglichkeiten hat; wer zu keinem Teil gegen die wirtschaftliche Verfallung und Degenerierung der Arbeiterklasse und für den Nicht-Erfolg des Arbeiterwillens, entscheide sich bei der Wahl für die Sozialdemokratische Partei! Wer weiter verhindern will, daß Monarchismus und Militarismus in Deutschland wieder Trümmer werden und daß an Stelle der Demokratie die Diktatur tritt, wähle sozialdemokratisch!

Nur eine starke sozialdemokratische Partei im Parlament gibt dem Gewerkschaftler mit die Gewähr, daß die Sozialpolitik nicht abgebaut, sondern weiterentwickelt wird, daß dem Volk die Steuerlasten auferlegt werden, die er auf Grund seiner wirtschaftlichen Position tragen kann.

Wer weiter will, daß die schmale Grundlage des Arbeiterrechts verbreitert wird und daß der Einfluß staatlicher Lohnpolitik der Arbeiterschaft zu einem auskömmlichen Lebenslohn verhelfe, gebe seine Stimme einem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei.

Treffender kann die Heuschreck, die der Deutsche Futarbeiterverband in den letzten Jahren getrieben hat, nicht gekennzeichnet werden, als durch diese wenigen Zeilen. Wir sind nicht sicher, ob dieser Verband in der Zukunft auch noch versuchen wird, seinen wirtlichen Charakter zu verleugnen und die Fahne nach dem Wind zu hängen.

Wichtige Artikel, wie der hier im Auszug wiedergegebene, fanden wir vor den Wahlen in fast allen roten Gewerkschaftsblättern. Wir

ersparen es uns, weitere Zitate aus der roten Gewerkschaftspresse zu bringen. Bemerkenswert ist jedoch, was der „Vorwärts“ am Tage vor der Wahl über die Ideengemeinschaft von freien Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei schrieb. Wir wollen auch hier einen Teil des betreffenden Artikels wörtlich wiedergeben, damit unsere Leser sehen, daß wir Recht hatten, wenn wir betonten, daß die sogenannten „freien“ Gewerkschaften sozialistische Gebilde sind. Der „Vorwärts“ schrieb:

„Das viel umstrittene Wort des verstorbenen Gewerkschaftsführers Genossen Bömelburg auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress: „Partei und Gewerkschaften sind eins“, das Bömelburg auf dem Kölner Gewerkschaftskongress kurz erläuterte und unterstrich, ist richtig und gilt auch heute noch für jeden, der sich nicht an den Buchstaben, sondern an den Sinn dieses Wortes hält. Die freien, im A. D. G. B., im Afa-Bund und im A. D. B. vereinigten Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-gewerkschaften, die im Internationalen Gewerkschaftsbund ihre internationale Interessensvertretung erblicken, sind für sich in religiöser wie parteipolitischer Beziehung neutral. Aber doch nur im bedingten Sinne. Sie sind sozialistisch. Daraus machen sie nicht nur kein Hehl, sondern sie sind stolz darauf, weil darin ihr Vorzug vor den übrigen Gewerkschaftsrichtungen besteht, die sich in „sozialgewollten“, moskaugezwollten oder gar unternehmergewollten Abhängigkeiten befinden.

Die freien Gewerkschaften sind stolz auf ihre materielle Unabhängigkeit, stolz auf ihre ideale Abhängigkeit vom Sozialismus, vom Marxismus. In dieser Abhängigkeit sind sie allerdings mit der Vereiniigten Sozialdemokratischen Partei verbunden. — Nach langem Laufen und Suchen hat sich in der deutschen sozialistischen Bewegung eine gewisse Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften herausgebildet zur Vertretung unserer politischen und unserer gewerkschaftlichen Interessen. Nun läßt sich wohl im Tageskampf eine gewisse Grenze zwischen diesen beiden Interessengebieten ziehen, nicht aber in der Gesamtbewegung. Hier stehen die Grenzen ineinander. Dieser Tatsache ist denn auch in der politischen sozialistischen Organisation der Gewerkschaftsmitglieder von jeder Rechnung getragen worden. Die namhaften Gewerkschaftsführer fanden zugleich an hervorragender Stelle der Partei und sind auch heute noch in großer Zahl die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratischen Partei.

Denn morgen bei der Wahl kommt es auf jede Stimme für uns an, auf jede Stimme für den Marxismus, gegen die ganzen Trümpfe seiner Feinde.

Partei und Gewerkschaften sind eins, sind eines Geistes.

Das müssen unsere Gewerkschaftsmitglieder, Arbeiter, Angestellte und Beamte morgen bekunden, indem sie alle wachenden und schlafenden Elemente innerhalb ihres Wahlkreislaufes mit an die Wahlurne heranziehen für die Liste der A. D. G. B.“

Klarer und deutlicher kann das Bekenntnis der „freien“ Gewerkschaften nicht abgelegt werden. Wie oft haben die Freigewerkschaftler, wenn diesbezügliche Feststellungen von christlicher Seite erfolgten, es rundweg abgelehnt, mit Parteisozialismus irgend etwas gemein zu haben. Und wie wurde auf jener Seite gemeldet, wenn kirchliche Instanzen die Arbeiterschaft warnten, sich den sozialistischen Gewerkschaften anzuschließen.

Nunmehr sollte jeder Arbeitnehmer wissen, woran er ist. Wenn für die Zukunft christliche Männer und Frauen — vielleicht sogar Mitglieder konfessioneller Vereine — weiterhin den freien Gewerkschaften angehören, so ist dies geradezu skandalös. Die Vorgänge vor der letzten Reichstagswahl sollten doch diesen Leuten die Augen geöffnet haben. Wer von ihnen nicht die Konsequenzen zieht, verdient nicht mehr, als christlich angefochten zu werden. Auf das klare und unzweideutige Bekenntnis der Freigewerkschaftler zum Marxismus muß es bei den Nichtmarxisten ein ebenso klares Bekenntnis zu den christlichen Gewerkschaften geben. Wir als christliche Gewerkschaftler dürfen nicht müde werden, die Falschorganisierten aufzuklären. Die Waffen hierzu haben uns die „freien“ Gewerkschaften selbst gegeben.

Der Kampf im Ruhrbergbau.

Wenn diese Zeilen in die Hände der Lesenden kommen, so ist hoffentlich der große Kampf im Ruhrbergbau beendet. Wir hoffen es, da die Regierung sich gegenwärtig in Karlem Mache bemüht, einen Ausleich der widerstreitenden Interessen der beiden Parteien herbeizuführen. Es erscheint angebracht, kurz die Gründe dieses Kampfes zu erörtern, da in der Öffentlichkeit systematisch versucht worden ist, die Schuld an dem Konflikt den Arbeitern auslast zu legen.

Demgegenüber muß jedoch festgestellt werden, daß die Veraberren die Arbeiter ausbeuteten, daß es sich also nicht um einen Streik handelt! Wenn die Veraberren glaubten, den Forderungen der Bergwerksbesitzer sich nicht ohne weiteres fügen zu können, so wird das jeder verstehen, der einen Einblick in die tieferen Lage der meisten Bergarbeiterfamilien hat.

Von ärztlicher Seite wird dies als geradezu hoffnungslos bezeichnet. Neben der schon unzureichenden Ernährung fehlt es auch sonst in vielen Familien an Nahrungsmitteln: Milch, Fleisch, Obst usw. Die Löhne reichen eben nicht aus, hat eine Familie noch das Unglück, daß eines ihrer Mitglieder in das Krankenhaus geschickt werden muß, dann werden die dafür von den Gemeinden gemachten Zusagen für Pflegekosten von den Schichtführern in Abzug gebracht. Diese Fälle sind keine Seltenheit.

In der Zeitung „Der Deutsche“ werden die Gründe des Kampfes angeführt. Dabei werden die unglückseligen Mitemmenschen und die damit Hand in Hand gehende Vernachlässigung des Ruhrbergbaus, die die Arbeiter in

Schwerste Not gestützt haben, gerecht gewürdigt. Dann aber werden die Gründe genannt, die letzten Endes zum Ausbruch dieses großen Kampfes geführt haben. Es heißt da: „Die tiefe Krise der ganzen Bewegung wie auch der kapitalen Welle ist und bleibt die große Not der Bergleute.“

Die Leute gehen bei schwerster Arbeit vielfach mit Monatslöhnen von 80 bis 100 Mark nach Hause. Der Durchschnittslohn mag sich auf 120 bis 130 Mark belaufen. Wie mit solchen Löhnen ein Arbeiter seine vier, fünf, sechs und mehr Kinder ernähren soll, bleibt das Geheimnis derjenigen, die betriegerische Zuhände billigen wollen. Diesen Löhnen steht vielfach eine Preislage der Lebensmittel vom Einheitslohn bis Zweifachen der Vorkriegszeit gegenüber. Man muß die armen Kinderchen der Bergleute gesehen haben, hochläufig, schmal, schwächling, unterernährt, man muß die in Gruppen umherkehrenden Bergleute selbst beobachtet haben, um sich ein Bild des

grenzenlosen Elendes

dieser Armen machen zu können. Man muß ihren Neben gelauert haben, um sie zu verstehen. Das „Schlappmachen“ vor der Arbeit wieder wie im Stedriben-Kriegsjahr an der Tagesordnung. Sie sind unterernährt, und deshalb, was auch alles des Konflikts Ursache mit gewesen sein mag, die eigentliche Ursache ist das unzulängliche Einkommen. Unter diesen Sorgen die Kommunisten für trauerne neuen Bündnisse, die Massen zu Ausgrenzungen zu treiben, sie predigen erneut die Übernahme der Gruben durch das Proletariat und planen, sollte nicht endlich eine Beilegung des Streiks gelingen, Mittel der Selbsthilfe, die ohne schwerste Zulammenstände nicht werden durchgeführt werden können. Andererseits legt auch eine neue Separatistenebene von links ein mit derselben Laune und dem Ziel: „Von Breußen zum freien unabhängigen Staat Rheinland und Westfalen“. Armes Vaterland!

Weiter gibt der Deutsche folgendes Bild aus der Praxis:

Ein 20jähriger Bergarbeiter, der die schwere Arbeit eines Schlegelers verrichtet, bekam nach monatelanger Arbeitslosigkeit Ende März wieder Arbeit. Er konnte im März nur noch fünf Schichten verfahren. Tariflohn pro Schicht 3,60 Mark. Folglich betrug der Bruttolohn 18 Mark. Von diesem Lohn wurden dem Bergmann folgende Abzüge gemacht:

Beitrag zur Krankenversicherung	1,72 M
„Pensionskasse	10,50 M
„Invalidenversicherung	2,19 M
Einkommensteuer	1,80 M
sonstige Abzüge	0,19 M

Es blieb dem 20jährigen Schlegeler ein Kleinerdienst von 1,60 Mark. Dafür hatte er fünf Schichten mehrere 100 Meter tief unter der Erde in Schmutz, schlechter Luft und unter steter Gefahr gearbeitet. So wird die Arbeitsstunde gewaltig gestört und die Erregung genährt. Dieser eine Fall ist einer von vielen tausend anderen. Gewiß verteilen sich diese Beiträge sonst auf den Monatslohn. Aber abgeben davon, das beinaheungsweise die Abzüge die Pensionkasse, die im vorliegenden Falle 58,3 Prozent des verdienten Lohnes ausmachen, nachgewiesenermaßen viel zu hoch sind, wiederholen sich diese Fälle selbst für die einzelnen Betriebskassenmitglieder. Angefichts dessen ist es kein Wunder, wenn die Empörung der Bergarbeiter so gefährlich zum Ausbruch kommt.

Kleinarbeit.

In der Nummer 4 unserer Zeitung schreiben wir im Leitartikel, daß die Zeit der Massenannahmen für die Gewerkschaften vorbei sei. Es ist heute etwas schwerer, den Organisationen neue Mitglieder zuzuführen, als in den ersten Jahren nach dem Kriege. Damals galt es als „modern“, Gewerkschaftler zu sein. Heute ist ein großer Teil der Arbeitnehmer gewerkschaftsmüde. Nicht durch die Schuld der Ge-

werkschaften. Diese haben in den letzten Jahren alles getan was möglich war, um die Lage der Arbeitnehmer erträglich zu gestalten. Wenn dies nicht in kürzerem Maße gelang, so lag es in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Inflation und Arbeitslosigkeit haben die Arbeit der Gewerkschaften stark behindert.

Die schwerste Zeit, die das deutsche Volk bisher erlebt hat, wo die Inflation dem schaffenden Volke die Früchte der Arbeit aus den Händen riß, wo Millionen unserer Arbeitsbrüder und -Schwestern arbeitslos auf der Straße lagen, benutzten die deutschen Arbeitgeber, um einen Generalangriff auf die wohlverworbenen Rechte der Arbeiterschaft auszuführen. Die Arbeiter sollten in das frühere Vorkriegsverhältnis zurückgedrängt werden. Man wollte wieder frei sein von jeder Bindung, um wieder im Wirtschaftsleben unbeschränkt herrschen zu können.

Dieser Plan ist den Arbeitgebern nicht gelungen. Der Angriff ist größtenteils abgeblieben worden. Die Gewerkschaften behielten trotz der Schwächung die Kraft, die Angriffe im allgemeinen abzuwehren. Das ist unter den gegebenen Verhältnissen ein Erfolg, der nicht hoch genug bewertet werden kann.

Inzwischen hat sich das Wirtschaftsleben in etwa konsolidiert. Die Arbeitslosigkeit ist stark zurückgegangen. Damit wächst auch wieder die Kraft der Gewerkschaften. Sie sind bereits dabei, die vom Kampf zurückgebliebenen Schichten auszubessern, insbesondere die in den letzten Monaten stark zurückgebliebenen Löhne zu beheben. Im Vorkriegsberuf ist in der Beziehung schon ein gutes Stück Arbeit geleistet. Soweit die Organisation in den Branchen intakt blieb, stehen die Löhne so, daß wir uns damit leben lassen dürfen. In den zurückgebliebenen Branchen werden wir alles daran setzen müssen, hier den gleichen Stand zu erreichen. Das wird nicht allzu schwer sein, wenn auch in diesen Branchen die Organisation wieder gut ausgebaut ist.

Wir dürfen in der Werbearbeit für den Verband nicht erlahmen, wenn wir vor weiteren Angriffen der Arbeitgeber geschützt sein wollen. Und wenn wir unsere Aufgabe als Gewerkschaft ganz erfüllen wollen, wenn wir den Arbeitgebern den ihnen zutommenden Anteil am Gewinn in der Produktion dauernd sichern wollen, erst recht nicht. Die Befange der Arbeitnehmer können nur dann in vollem Maße gewahrt werden, wenn die Arbeiterschaft eine starke und schlagfertige Organisation zur Seite hat.

Wir müssen wieder, wie in der Vorkriegszeit, unsere Werbearbeit auf jeden einzelnen Arbeitnehmer, der nicht organisiert ist, einstellen, wenn sie erfolgreich sein soll. Insbesondere müssen wir die

Hausagitation

wieder pflegen, die uns vor dem besten Mitglieder gebracht hat. Bei der Hausagitation ist eine ruhige und gründliche Aussprache mit dem einzelnen Unorganisierten möglich. Da lassen sich die Bedenken und Einreden der Unorganisierten meist leicht zerstreuen. Die in der Hausagitation gewonnenen Mitglieder sind später vielfach die treuesten Mitglieder und fleißigsten Mitarbeiter in der Organisation geworden.

Die Hausagitation zur Gewinnung neuer Mitglieder bedarf in allen Organisationen, insbesondere jedoch in unserer, einer gründlichen Vorbereitung.

Unser Verband ist zuständig für etwa einhalb-Duzend Branchen. Es leuchtet ein, daß die Hausagitation dann am meisten Erfolg verspricht, wenn sie branchenweise durch Mitglieder der einzelnen Branchen durchgeführt wird. Nicht überall wird dies möglich sein; in den größeren Ortsgruppen zumeist wohl. Zunächst muß versucht werden, die Adressen der Unorganisierten zu erhalten. Das kann geschehen durch Anfragen bei den einzelnen Mitgliedern, in den Werkstätten und Betrieben und dann aber auch bei den konfessionellen Vereinen. Die Sammlung solcher Adressen sollte allerorts ununterbrochen erfolgen. Hat man eine Anzahl Adressen gesammelt, so kann man an die Sichtung des Materials gehen. Entweder ordnet man die Adressen nach

Straten oder, wenn die Hausagitation branchenweise betrieben werden soll, nach Branchen. Die nächste Arbeit ist dann, einen

Kreis von Mitarbeitern

zu gewinnen, welche die Hausagitation praktisch durchführen sollen. Auch das dürfte nicht allzu schwer sein, wenn man in einer allgemeinen Mitgliederversammlung die Notwendigkeit der Hausagitation erklärt und die Mitglieder für den Gedanken erwarmt hat. Wenn die Sache richtig angefaßt wird, findet man meist mehr Mitarbeiter, als man vordem erwartet hatte.

It eine Anzahl Vertrauensleute für die Hausagitation gewonnen — es können nie zu viel sein — so halte man mit diesen eine kurze

Instruktionsstunde

ab. Die auf Hausagitation gebenden Vertrauensleute müssen Rede und Antwort geben können. Die Einwendungen der Unorganisierten sind oft mannigfacher Art. Der Agitator muß sie widerlegen können. Eine halbwegs geschulte Vertrauensperson kann dies ohne weitere Instruktion. Ein Neuling aber bedarf derselben. Darum wollen wir auf die am häufigsten vorkommenden Einwendungen der Unorganisierten kurz eingehen.

„Die Gewerkschaften leisten doch nichts.“ So lautet die erste Einrede, die uns begegnet. Lieber Freund und liebe Freundin! Werde nur nicht gleich hitzig, wenn du so etwas hörst. Sage dem Unorganisierten ruhig und bestimmt, was die Organisation geleistet hat, seitdem du sie kennst. Du weißt es selbst, so daß ich es nicht erst aufzählen brauche. Sage ihm, auch, daß der Verband noch viel mehr hätte leisten und viel besser hätte wirken können, wenn alle — also auch er — dabei gewesen wäre. Die haben gerade die letzten Monate bewiesen, wie notwendig der Verband war.

„Ich bin für eine Einheitsorganisation.“ So hören wir weiter sagen. Wenn es die einmal gibt, so will sich auch der Unorganisierte anschließen. „Faule Ausrede“ denkst du und ich. Wir sagen es dem Unorganisierten jedoch nicht vor dem Kopf, weil wir dann überhaupt nicht mehr mit ihm zurecht kämen. Dieser Einrede gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß jene Leute, welche die Einheitsorganisation propagieren, niemals eine solche schaffen werden. Gerade diese Leute sind es, welche die Arbeiterschaft auseinandermandrieren. Warum? — Weil sie die Meinung Andersdenkender nicht durchsetzen wollen. Denkende Arbeiter und Arbeiterinnen lassen sich dies nicht gefallen. Sie wollen Meinungsfreiheit, keine Parteibogen; Meinungsfreiheit, insbesondere in Bezug auf ihre religiösen und politischen Anschauungen. Diese finden sie weder bei den sozialistischen, noch auch bei den neuerdings gegründeten kommunistischen Gewerkschaften.

„Warum denn hast du nicht organisiert?“ fragt gewöhnlich auch der Unorganisierte. Die Antwort wird uns nicht schwer fallen. Die christlichen Gewerkschaften richten ihr Tun und Handeln ein nach den Grundsätzen des Christentums. Mit gutem Grunde. Aus den Grundsätzen des Christentums allein ist die Gleichberechtigung aller Menschen zu folgern. Und dieser Gleichberechtigung wiederum stellen wir unsere Ansprüche auf Gleichstellung im Staats- und Wirtschaftsleben. Das Christentum lehrt Gerechtigkeit. Diese wollen wir. Wenn es jedem Staatsbürger Gerechtigkeit widerfährt, wie es das Christentum lehrt, so ist es um Staat und Volk wohl bestellt.

Die christlichen Gewerkschaften haben sich praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet. Sie haben sich ferngehalten von der Personalschwärmeri, die nie verwirklicht werden können. Wäre die gesamte Gewerkschaftsbewegung so eingestellt, so sähe es uns besser. Darum müssen alle Arbeiter und alle Arbeiterinnen, die es ernst meinen mit der Hebung des Arbeiterstandes, sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung anschließen.

Wir können in der Hausagitation natürlich nicht dem Unorganisierten das Programm der christlichen Gewerkschaften im einzelnen entwickeln. Dafür reicht die Zeit nicht. Auf seine

Einreden aber sollen wir kurz und bestimmt zu antworten vermögen. Darum unser Vorschlag zur Abhaltung von kurzen Instruktionstagen, bei denen dann auch das Material ausgebildet werden kann.

Bei der Hausagitation selbst sollen möglichst jüngere und ältere Mitglieder zusammenwirken. Sie können sich gegenseitig ermutigen. Man lasse sich auch von schlechten Erfahrungen im Anfang nicht entmutigen. Die Sonne scheint das Eis im Frühjahr auch nicht immer in einem Tage. Mit der Zeit verschwindet es doch. So wird auch der Indifferentismus nicht mit einem Schlage beseitigt.

Jähre Ausdauer führt zum Ziele!

Nach der Hausagitation rufe man die Vertrauensleute erneut zusammen. Dann können die Erfahrungen ausgetauscht werden. Sind Indifferente übrig geblieben, so versuche man es ein zweites Mal, sie umzustimmen. Vielleicht wird es gut sein, einmal die Rollen zu wechseln, d. h. dem Indifferenten durch andere Vertrauensleute an die Nieren zu geben.

Wir weisen keinen Augenblick daran, daß, wenn in allen Ortsgruppen nach einem bestimmten Plan die Verberbeit aufgenommen wird, noch Tausende für uns gewonnen werden können. Aber es ist nunmehr an der Zeit, daß man allwärts vom Ueberlegen und Verätzen zum Handeln kommt. Das ewige Kommentieren über den Indifferentismus der Massen bringt uns keinen Schritt vorwärts. Gehen wir diesem „Ungeheuer“ doch endlich einmal mit vereinten Kräften zu Leibe. Dann wird er bald überwunden sein. In den nächsten Wochen muß allerorts in unseren Ortsgruppen die Losung lauten:

„Auf zur Hausagitation!“

Die Arbeiterinnen im Verband.

Die Gewerkschaften haben in der Nachkriegszeit für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterinnen außerordentlich viel geleistet. Eine ungeheure Summe von Arbeit war mit der Organisation der Arbeiterinnen aber mehr noch mit der Tarifierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiterinnen verbunden. Die Gewerkschaften haben diese Arbeit gern geleistet, weil sie wußten, daß die Arbeit den Schwächsten im Arbeitsprozeß zugute kam.

Nicht immer wird den Gewerkschaften ihre Arbeit von den Arbeiterinnen gelohnt. Vielfach wird von unseren Funktionären gesagt, daß selbst Arbeiterinnen, für die in den letzten Jahren unendlich viel Arbeitskraft eingesetzt werden mußte, sehr leicht geneigt sind, der Organisation den Rücken zu kehren, sobald die Lohnbewegungsmaschine „langsamere“ läuft. Insbesondere aber gehen die Klagen dahin, daß die Arbeiterinnen selbst sehr wenig Anteil nehmen am gewerkschaftlichen Leben.

Demgegenüber möchten wir unsere weiblichen Mitglieder erneut darauf hinweisen, daß nur stichhaltiges Leben in den Organisationen die Bewegung und die Arbeitsbedingungen selbst überwinden kann. Diesen lebendigen Geist mit zu wecken, ist auch Frauenkraft und Frauenanlage befähigt und mitverantwortlich.

Ich bin überzeugt, daß bei vielen Kolleginnen der gute Wille dazu vorhanden ist, wenn sie nur das „Wie“ des Anlanges wüßten. Mögen diese Zeiten mit dazu beitragen, einen Anstoß zu geben.

Ein fester Grundstein für eine lastkräftige Mitarbeit ist unerlässlich. Das ist vor allen Dingen der Glaube an die Notwendigkeit der Organisation und für die kritische Gewerkschaftlerin im besonderen die Ueberzeugungstreue zur Berufsorganisation auf gewerkschaftlicher Grundlage.

Diese zwei grundlegenden Notwendigkeiten müssen Gemeingut aller kritisch Organisierten werden. Diesen Glauben und diese Ueberzeugungstreue müssen bei unseren weiblichen Mitgliedern geweckt werden. Das ist möglich, wenn unsere Ortsverbände sich die Pflege dieser gewerkschaftlichen Tugenden angelegen sein lassen.

Wenn eine feste geistige Grundlage geschaffen ist, wird die Mitarbeit der Kolleginnen leichter erzielt werden können. Dann wird zunächst der Beitrag auch von den Kolleginnen willig und gern geleistet werden. Doch damit ist es nicht Genüge geschehen. Wir wünschen, daß die Kolleginnen namentlich auch am Versammlungsleben beteiligen.

In den Versammlungen soll nicht nur über den jetzigen Stand der Bewegung, über kritische Lohnverhältnisse usw. gesprochen werden. Den Kolleginnen muß auch allgemeines Wissen vermittelt werden. Dadurch sollen unsere Kolleginnen auch ihr Verhandlungsorgan regelmäßig lesen. Hier wird ihr Blick erweitert. Sie lesen dort manches, das ihnen als Gewerkschaftlerin unerlässlich ist. Mit der ununterbrochenen Verbesserung der Arbeiterinnen ist die Aufgabe der Gewerkschaften ja nicht erfüllt. Geistige Bildung, gepaart mit finanziellen

Erfolgen können nur die Arbeiterschaft höher bringen. Das gilt auch für unsere weiblichen Mitglieder.

Die geistige Schulung der Kolleginnen befähigt sie auch, den Gegnern unserer Bewegung Rede und Antwort zu geben. Sie werden, wenn sie mit den notwendigen Kenntnissen über Zweck und Ziel unserer Bewegung vertraut sind, geeignet für das Amt einer Vertrauensperson, eines Vorstandsmitgliedes oder Betriebsrates. In diese Vertrauensstellungen müssen mehr gebildete Kolleginnen hinein. Auch für die Agitation braucht die Bewegung weibliche Mitarbeiter. Der gebildeten Kollegin wird es leichter gelingen, ihre Kolleginnen für die Organisation zu gewinnen, als den Kollegen. Wie erfolgreich könnten gerade unsere Kolleginnen in der Jugendbewegung arbeiten, wenn sie in viel größerem Maße die notwendigen Vorkenntnisse hätten.

Deshalb sei die Fortbildung unserer weiblichen Mitglieder in der Zukunft eines der Hauptziele unserer Arbeit. Es ist die unerlässliche Voraussetzung für erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit für die Arbeiterinnen überhaupt. Man wende sich die intelligentesten Kolleginnen heraus, bespreche mit ihnen die Pläne, wie die Schulungsarbeit durchgeführt werden kann. Man etwaigen Fehlschlägen lasse man sich nicht betriren. Der Erfolg wird nur langsam kommen. Damit müssen wir uns von vornherein abfinden.

Wenn wir den Kolleginnen mehr festen Boden für ihre gewerkschaftliche Betätigung geben wollen, ist es notwendig, daß man bei wirtschaftlichen Vorgängen nicht so nächtlich verhandelt, wie der Mann; auch bei wirtschaftlichen Vorgängen nicht. Darum muß die Frau in der Gewerkschaft trotz der gleichen Aufgaben und Pflichten andere Schulung, andere Einführung in das gewerkschaftliche Leben finden. Doch das wird nicht allzu schwer einzurichten sein. Es kommt darauf an, daß endlich einmal mit der Schulungsarbeit begonnen wird. In den letzten Jahren konnte in der Beziehung infolge der Ueberlastung der Ortsverbände wenig getan werden. Damit ist es heute besser. Gehen wir deshalb ziel- und planmäßig an diese Arbeit heran. Nur so schaffen wir die Voraussetzung für eine Arbeiterinnenbewegung, die von Bestand sein wird.

Zum Streit in der Bielefelder Wäscheindustrie.

Am 8. Mai fand wecks Beilegung des Streiks in der Bielefelder Herrenwäschereindustrie eine Verhandlung am dortigen Schlichtungsausschuß statt. Ein Schlichterspruch besagte, daß, nachdem die Frage der Verbrülingsausbildung der Zuschneider erledigt sei, nur noch die Frage der Arbeitszeit und die Lohnfrage strittig seien. Zur Regelung dieser Fragen wurden die Parteien auf den Verhandlungsweeg verwiesen.

Eine Verhandlung fand dann am 13. Mai statt. Der Branchenleiter des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes Theisinger konnte wieder, wie auch schon früher, die Anwesenheit unseres Bezirksleiters nicht vertragen. Die Verhandlung wäre wahrheitsgemäß aufgeklagen, wenn unser Bezirksleiter darauf bestanden hätte, an derselben teilzunehmen. Das wollten wir im Hinblick auf die beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen, die schon wochenlang auf der Strafe liegen, und im Hinblick auf die Schäden, welche die Industrie durch den Streik erleidet, nicht verantworten. Deshalb zog unser Vertreter es vor, die „aaastliche Schritte“ zu verlassen.

Das Ergebnis der Verhandlung ist recht mager: Die Arbeitszeit soll mit 54 Stunden bleiben; desgleichen der Zuschneiderlohn mit 66 Pf. Der Lohn der Näherinnen wird um 2 Pf. erhöht. Er betruft dann einschließlich des 15prozentigen Akkordzuschlages 37 Pf.

Wir wissen nicht, ob die Streikenden die Arbeit zu diesen Bedingungen wieder aufnehmen werden. Doch ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß für einen event. Mißerfolg die kritische Organisation verantwortlich gemacht werden wird. Das werden wir leicht ertragen können, zumal unbestritten feststeht, daß die Genossen allein die Schuld daran haben, daß wir unsere eigene Wege gehen mußten. Unsere Mitglieder in Bielefeld kennen die Melodie der Genossen. Sie ist so abgeleert, daß man damit keine Gefühle mehr machen kann.

Aus dem Streit werden unsere Mitglieder die Lehre ziehen, daß sie mit verdoppelter Kraft an der Ausbreitung unserer Organisation arbeiten müssen. Einmal werden auch

den Mitgläsern des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes die Augen aufgehen, wo sie erkennen, welches Spiel man mit ihnen treibt. Die Erkenntnis dämmert langsam. Unsere Mitglieder werden schon ihren Teil dazu beitragen, daß diese Erkenntnis in weitere Kreise dringt.

Kurz vor Redaktionsschluß wird uns mitgeteilt, daß die Streikenden am 16. Mai die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Kommunistische Schüler des Arbeitgebertums.

In der Berliner Damenkonfektion bestand seit Juni 1919 ein geordnetes Tarifverhältnis zwischen Fabrikanten, Meister und Arbeitnehmer. Die Meister haben im vorigen Sommer zu Ende November 23, den Tarifvertrag gekündigt. Die Fabrikanten schlossen sich der Kündigung an, weil sie die Zeit für gekommen hielten, den ihnen zur Last gewordenen Meisterzuschlag abzubauen. Der Meisterzuschlag bestand darin, daß die Meister auf die tariflichen Maßhöhen in Klasse III einen Zuschlag von 100 Prozent; in Klasse II und I einen solchen von 120 Prozent erhielten. Dieser Zuschlag bezog sich, daß in erster Linie die Arbeiterin des Meisters zu denselben Verdiensten gelangen konnte wie bei den Fabrikanten, ferner die tarifliche Ferienregelung für Arbeitnehmerinnen zur Durchführung kommen und den Mitarbeiterinnen das Nähmaterial geliefert werden konnte. Außerdem hatte der Meister seine Unkosten (Spesen, Steuern usw.) zu tragen. Während der Inflationszeit bewilligten die Fabrikanten außerdem den Meistern noch eine weitere dreiprozentige Zuschlagssumme zur Deckung der Betriebssteuern. Dieses einzig in der Tarifpolitik bestehende Werk wußten die Meister dann zu geschlagen.

Bis heute konnte die Wiederherstellung des alten Vertrages noch nicht erreicht werden. Die Arbeitgeber (Fabrikanten) boten den Meistern am 1. Mai d. J. in der Verhandlung 50 Prozent Zuschlag für Klasse III. Für Klasse II und I sollten die Meister in freier Vereinbarung die Möglichkeit haben, in erhöhter Form ihren Zuschlag bekommen zu können. Aber nein, den Zuschneidern in der Damenkonfektion genügte dies nicht. Rechnen sie doch selbst in der Zeitschrift „Die Damenkonfektion“ Nr. 11 vom 14. März d. J. aus, daß einem Meister mit 10 Arbeiterinnen am Ende der Woche noch Abzug aller Unkosten (Löhne, Steuern, Spesen usw.) nur 140 Mark Reinerdienst verbleibt. Und von diesen 140 M. müsse der arme Zuschneidermeister pro Woche seine familiären Bedürfnisse bestreiten.

Eine Arbeiterin muß in der Branche für diesen Betrag mindestens 5 bis 6 Wochen angestrengt arbeiten, ehe sie mal 140 M. in dieser Zeit verdient. Gelingt es einer am 24. April stattgefundenen Tarifverhandlung erklärte Herr Dreows, der Führer des Meisterverbandes, wenn sie (die Meister) nicht einen entsprechenden Meisterzuschlag bekommen würden, müßten sie die Betriebe schließen, denn seit Ablauf des alten Tarifverhältnisses Ende November 23 hätten sich die Meister nur auf Kosten der niedrigen Arbeiterinnenlöhne Abzug Wasser halten können. An diesem Auspruch des Herrn Dreows ist zu erkennen, mit welchen niedrigen Löhnen die Arbeitnehmer der Meister abgepeißt worden sind, wenn bei alledem noch nach dem Artikel in eigenen Fachorgan der Meister nur 140 M. Reinerdienst erübrigte.

Da nun am 1. Mai 24 in einer Verhandlung der Fabrikanten und Meister keine Einigung zustande kam, beschloßen die Meister am 2. Mai den Streik, um durch den Kampf den Meisterzuschlag zu erringen. Wenige Tage vorher wünschten die Meister von den Arbeitnehmervertretern, sie möchten sich dem Streik anschließen, denn nur geschlossenem Vorgehen könne Erfolg haben. Die Arbeitnehmervertreter, Kollegin Schöber und Kollege Kessel erklärten, daß sie selbstverständlich ein großes Interesse an geordnetem tariflichen Zustände in der Berliner Damenkonfektion hätten, daß sie sich aber zu der Frage der Mitbeteiligung an dem Streik nicht erlösen könnten, weil 1. am 8. Mai noch eine Tarifverhandlung zwischen den Parteien angelegt sei, und 2. die Meister am 1. Mai noch zur Verhandlung mit den Fabrikanten zusammen kommen würden, wovon man nicht wüßte, ob letzteres auch noch eine Einigung möglich sei. Außerdem hätten über Kampfmaßnahmen die Mitglieder selbst zu entscheiden. Die Meister haben daraufhin auch ihr unbilliges Verlangen ein. Dies war am 29. April.

Die Fabrikanten und Meister wurden sich am 1. Mai nicht einig. Erstere blieben bei ihrem Angebot von 50 Prozent, letztere wollten mehr haben. Infolgedessen beschloßen die Meister tags nachher den Streik mit Beginn ab 3. Mai.

In den fraglichen Verhandlungen am 2. Mai zwischen Fabrikanten und Arbeitnehmer wurde man sich einig, daß der Vertrag, der er bisher bestanden hatte, mit unwesentlichen Änderungen erneuert wird. Die Lohnabregelung, welche hart umstritten war, blieb in der alten Form, nur das noch 4jähriger Duldungszeit 12 Tage Urlaub gewährt wurde, dieser schon nach

Mäßiger Tätigkeit. Die Röhre wurden durchweg um gut 30 Prozent erhöht. Wenn wir auch nicht auf dem Standpunkt standen, das die Lohnhöhe genüge, weil in den Betrieben schon jetzt länger Zeit wachsende höhere Röhre bezahlt wurden, wie diese Lohnhöhe genüge, so bestand für die Arbeitnehmer doch kein Anlaß, dies abzulehnen. Hierbei erklärte der aufsehende Vertreter der Meister, Herr Wockinski, daß sie diesen Vertrag nicht anerkennen könnten, weil der Meisterentscheid noch nicht geregelt wäre. Man konnte bei dieser Verhandlung so recht erkennen, daß der Typ des Gewerkschafters der Berliner Damenkonfektion ein ganz anderer ist, als wie der der Meister in anderen Branchen der Bekleidungsindustrie. In anderen Branchen zeigen die Gewerkschaftler doch in etwa Kollegialitätsgelüste zur Arbeiterschaft, während der Berliner Damenkonfektion glauben, sich nur als Arbeitgeber betrachten zu müssen.

Da nun die Meister die Tarifkontrahenten auf Arbeitnehmerseite nicht als Kampfzassen haben konnten, fanden sie im Vertreter der Beschäftigten (Opposition) einen solchen. Herr Schuhmacher, der bekannte Vertreter dieser neuen Richtung, hat in einer gemeinsamen öffentlichen Versammlung mit den Meistern am 8. Mai nach und nach zugehörigen Mitteilungen für seine Organisation den Streit beschließen lassen. Ob es gewerkschaftlichen Grundrissen entspricht, wenn man als kommunikativer Organisation mit einer Meisterorganisation und einem Ganzen Anwalt in einer öffentlichen Versammlung die Mitbestimmung an einem Streit beschließt, darüber wird dem Urteil der Öffentlichkeit. Eine recht interessante Sache, wenn das Recht der kommunikativen Gewerkschaftsbildung besteht, sind zwei Fragen zu beantworten, die solchen Führern Gehör verschaffen können.

Herr Schuhmacher glaubt natürlich behaupten zu dürfen, daß alle anderen wirtschaftlichen Organisationen sich nicht, außer der kommunikativen. Nicht genug, daß man mit den Meistern gemeinsame Sache macht, vertritt man auch den Unorganisierten, die sich am Streit beteiligen, weitgehendste finanzielle Unterstützung. Man muß sich da unwillkürlich fragen: woher das Geld? Kommt es von den Meistern oder von Wollan? — Dem kommunikativen Standpunkt aus wird das Zwischenschiedsgericht sonst als ein Mittlungsorgan gewertet. Und hier liegen in den Augen der beide. Was ist die Idee der „nach gewerkschaftlichen Kampf“ des Beschäftigtenverbandes (Opposition)? Man möchte doch zu gern in das neu zu schaffende Vertragsverhältnis hinein. Dafür gibt man gewerkschaftliche Grundrissen preis, d. h. wenn man je solche befehlen hat. Die Arbeitnehmer der Bekleidungsindustrie können aus diesen Dingen erkennen, daß die Verbesserung ihrer Lebenslage nicht nach den Regeln der Moskauer Internationale erricht wird. Nach solchen Regeln wird die Gewerkschaftsarbeit in schwerer Weise kompromittiert. Wie sieht man aber die Mitbestimmung der Mitglieder des Herrn Schuhmacher am Streit aus? — In den Meisterbetrieben war es wohl nicht mehr nötig, die Arbeiterinnen herauszuheben, wenn diese waren zum Teil ja schon arbeitslos geworden. In den Fabrikbetrieben jedoch weigern sich die Mitglieder der „Opposition“ sich an dem Streit zu beteiligen, weil sie es nicht verstehen können, daß sie für die Meister die Kasse aus dem Feuer holen sollen.

Unterdessen geht der Kampf lustig weiter. Der Ausgang derselben kann kaum zweifelhaft sein. Mögen sie auf gewerkschaftlichem Boden stehenden Arbeitnehmer der Bekleidungsindustrie aus dem Vorstehenden die Erkenntnis sich zu eigen machen, daß ihre Interessensvertretung nur beim Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes zu finden ist.

Lohnbewegungen.

Herrn- und Knabenkonfektion.

Die Arbeitnehmerschichten sind mit Rücksicht auf die bei der Einführung des Reichstarifvertrages geltenden niederen Lohnsätze an den Arbeitnehmerschichten herangetreten mit dem Ersuchen, baldmöglichst mit ihnen neue Verhandlungen zu führen, da sich herausstellte, daß die Durchführung des Reichstarifvertrages außerordentlich erschwert werde durch diese niederen Lohnsätze. Größtenteils Forderungen sollen vor der Verhandlung überreicht werden. — Sobald diese ein Ergebnis zeigten, bekommen unsere Ortsgruppen Nachricht.

Uniformkassern.

Das Abkommen nach dem am 9. April in Hannover gefällten Schiedspruch ist rückgängig. Die neue Lohnforderung lautet auf 73 in Gruppe 1, 80 in 2, 85 in 3, 82 in 4, 59 in 5, 65 in 6, 61 in 7 und 48 in Gruppe 8. Die Arbeitnehmerschichten ersuchen, baldmöglichst zu verhandeln, damit die neuen Lohnsätze noch vor Ablauf des alten Abkommens bzw. des Schiedspruches in Kraft treten können. Die niederen Löhne aus dieser Branche geben zu den schwersten Klagen Anlaß.

Am 8. Mai haben Verhandlungen über beantragte Stützverhandlung und Neueingrupp-

ierungen stattgefunden. Da beiderseits umfangreiche Urträge vorlagen, konnte keine Einigung im Rahmen des geltenden Abkommens erzielt werden. Diese Angelegenheit soll deshalb anlässlich der kommenden Lohnverhandlungen durch das Obergericht mit erledigt werden. — Neueingruppiert sind: Harburg, Damboorn und Wilhelmshaven in Gruppe 2.

Verbandsnachrichten.

Wittelsberg! Zahlt pünktlich eure Beiträge! Es liegt in eurem eigenen Interesse. Eure Beiträge sind das finanzielle Rückgrat eures Verbandes.

Der 22. Beitrag ist fällig für die Woche vom 25. Mai bis 31. Mai, der 23. für die Woche vom 1. bis 7. Juni.

Spätestens am 1. Juni muß der letzte Erhebungsbogen betreffend Branchenstatistik bei der Zentrale eingelaufen sein. Spät und unvollständige Anmerkungen. Sie kosten Zeit und Geld. Jede Ortsgruppe, die etwas auf sich hält, läßt sich in solchen Dingen nicht mahnen, sondern erfüllt gewissenhaft ihre Pflicht.

Differenzen in Coblenz. Die Coblenzer Arbeitgeber sind aus dem Bann ausgetreten, weil sie glauben, durch örtliche Verhandlungen mit einem geringeren Lohn davonkommen. Sie haben das Wittelsberger Lohnabkommen gekündigt. Es wird in Coblenz voraussichtlich zum Streit kommen. Deshalb ist der Zusatz nach dort fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Besondere auf die Bekanntmachung in Nr. 6 der Bekleidungsindustrie geben wir zur Nachstehenden die Einteilung der Bezirke zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung bekannt. Es wählen:

1. Wahlbezirk: Augsburg, Bamberg, Berchtesgaden, Ingolstadt, Bad-Lichtenau, Verwaltungsstelle Lindenberg, München, Karaberg, Passau, Regensburg, Rosenheim, Würzburg und Weihenstephan — 2 Delegierte.
2. Wahlbezirk: Verwaltungsstelle Aichaffenburg, Baden-Baden, Darmstadt, Deggendorf, Frankfurt a. M., Freiburg, Friesenheim, Hagenheim, Kaiserslautern, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Mainz, Pforzheim, Ravensburg, Schwabheim, Somborn, Speyer, Stuttgart, Verwaltungsstelle Württemberg, Wiesbaden, Worms — 2 Delegierte.
3. Wahlbezirk: Cleve, Verwaltungsstelle München Gladbach, Heide, Oertrich, Neuf, Wieren — 3 Delegierte.
4. Wahlbezirk: Köln — 2 Delegierte.
5. Wahlbezirk: Aachen, Bonn, Bogen, Coblenz, Düsseldorf, Essen, Wabern, Siegen, Trier — 2 Delegierte.
6. Wahlbezirk: Ahlen, Bielefeld, Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Hamm, Hagen, Herford, Iserlohn, Münster, Mülheim-Kaath, Paderborn, Recklinghausen, Soest, Steinfurt, Warburg, Wittlich — 3 Delegierte.
7. Wahlbezirk: Berlin, Bielefeld, Bremen, Cassel, Dinslaken, Guben, Gütersloh, Hamburg, Hannover.

Bildschirm, Lindenwalde, Osnabrück, Oldenburg, Stettin, Sorau, Twistringen, Wilhelmshaven — 2 Delegierte.

8. Wahlbezirk: Breslau — 2 Delegierte.
9. Wahlbezirk: Danzig, Dresden, Glatz, Görlitz, Königsberg, Landshut, Leipzig, Siegen, Neustadt, Reife, Oppeln, Groß-Petersberg, Seiffenwerder, Zwickau — 1 Delegierte.

Bezüglich der Wahl der Delegierten gelten folgende Bestimmungen:

1. In ihrer nächsten Versammlung haben die Ortsgruppen zur Delegiertenwahl Stellung zu nehmen und geeignete Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Diese Vorschläge sind sofort an den Zentralvorstand einzuliefern und werden in der nächsten Nummer der Bekleidungsindustrie veröffentlicht. Ortsgruppen, die einen Wahlbezirk für sich bilden, können die Wahl der auf sie entfallenden Delegierten sofort vornehmen.
2. Die Wahlen haben in der zweiten Hälfte des Monats Juni in eigener hierzu von den Lokalverbänden anguberaumenden Wahlterminen mittels Stimmzettel zu erfolgen. Für die Wahlleitung kann ein besonderer Wahlausschuß bestellt werden. Vorher liegt ein Protokoll aufzunehmen. (Vorher liegt der heutige Zeitungsausschnitt bei.) Dieses ist bis 1. Juli an den Zentralvorstand einzuliefern, um eventl. notwendig werdende Stichwahlen noch anordnen zu können.
3. Als gewählt gelten diejenigen Kandidaten, welche die absolute Mehrheit der im Wahlbezirk abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinen; andernfalls entscheidet zwischen den höchstbestimmten Kandidaten die Stichwahl.
4. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, welche ihre Beiträge gezahlt haben. Das Mitglied wählt in der Ortsgruppe, welcher es am Tage der Wahl angehört. Ortsgruppen, welchen Herrenvereinsmitgliedern angeschlossen sind oder Einzelmitglieder angehören, haben diesen Gelegenheit zur Wahl zu geben.
5. Um eine Zerstückelung der Stimmen möglichst zu vermeiden, wird bei einem Wahlbezirk vereinigte Ortsgruppen empfohlen, sich über die Wahlschlüsse zu einigen. Dabei mögen größere Ortsgruppen, die einem Wahlbezirk zugehört sind, in welchem mehrere Delegierte zu wählen sind, tunlichst dahin wirken, daß auch geeignete Kandidaten aus kleineren Ortsgruppen gewählt werden. Soweit als möglich möge man ferner darauf achten, daß Kandidaten aus verschiedenen Branchen in Vorschlag gebracht werden.

Der Zentralvorstand
J. A. Schwarzmann.

Gedentafel.

Es starben unsere treuen Mitglieder:

Josef Kalappa, Breslau,
Paul Reuland, " "
Paul Scholl, " "
Helene Soppert, " "
Josef Fahl, Pppstadt,
Anton Cde, Münster.

Ehre ihrem Andenken!

Die **Erste Deutsche Zuschneider-Vereinschule** sichert Ihnen die besten Erfolge durch

Lehr-Kurse
Lehrbuch
Schnittmuster

Verlangen Sie Prospekte gratis!

München

Wittelsbacherplatz 2/1., 2. Aufg., Telefon 21 063

Mitglieder!

Schließt eure Feuerversicherung mit bei der Deutschen Feuerversicherung A.-G., Berlin-Schöneberg, Hähnelstr. 15 a, ab